

Wie weiter mit dem Kapitalismus, jener Gesellschaftsordnung, von der viele meinen, sie sei zerstörerisch für Mensch und Umwelt? Gibt es vielleicht einen Ausweg aus der, zumal nach dem Scheitern der sozialistischen Gegenentwürfe, vielfach als »alternativlos« apostrophierten Situation? Der amerikanische Soziologe Erik Olin Wright entwickelt in diesem nun endlich auf Deutsch vorliegenden Werk neue analytische Grundlagen, um die Suche nach Wegen aus dem Kapitalismus anzuleiten. Seine Kernidee ist es, die Dominanz des Kapitalismus dadurch zu brechen, dass innerhalb des bestehenden Systems konkrete emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden, die die Welt, so wie sie sein könnte, aufscheinen lassen und vorwegnehmen.

Erik Olin Wright ist Professor für Soziologie an der Universität von Wisconsin (USA). Seit 1991 arbeitet er am Projekt *Envisioning Real Utopias*, von dem bisher sieben Bände erschienen sind.

Erik Olin Wright
Reale Utopien

Wege aus dem Kapitalismus

Aus dem Amerikanischen
von Max Henninger

Mit einem Nachwort von
Michael Brie

Suhrkamp

Die Originalausgabe erschien 2010 unter dem Titel
Envisioning Real Utopias bei Verso. © Erik Olin Wright 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2192

Erste Auflage 2017

© Suhrkamp Verlag Berlin 2017

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags
sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag nach Entwürfen

von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-29792-6

Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe	9
Vorwort zur amerikanischen Ausgabe von 2010	27
1. Einleitung: Warum Reale Utopien?	39
2. Die Aufgaben emanzipatorischer Sozialwissenschaft ..	50
I. Diagnose und Kritik	
3. Was ist so schlimm am Kapitalismus?	77
II. Alternativen	
4. Nachdenken über Alternativen zum Kapitalismus	147
5. Der sozialistische Kompass	172
6. Reale Utopien I: Gesellschaftliche Ermächtigung und der Staat	221
7. Reale Utopien II: Gesellschaftliche Ermächtigung und die Wirtschaft ..	273
III. Transformation	
8. Elemente einer Theorie der Transformation	375
9. Transformation durch Bruch	419
10. Transformation durch Freiräume	435
11. Symbiotische Transformation	453
Schluss: Utopien verwirklichen	486
Nachwort von Michael Brie	497
Literatur	512
Register	522

Meinen Töchtern, Jenny und Becky

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Reale Utopien wurde vor allem 2007 und 2008 geschrieben und dann im Sommer 2009 abgeschlossen, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise in den USA. Das Buch ist nicht in Reaktion auf diese tiefgreifende Krise des Kapitalismus des frühen 21. Jahrhunderts verfasst worden, möglicherweise haben die bewegten Zeiten, in denen es erschienen ist, es jedoch an Bedeutung gewinnen lassen. Gravierende Krisen des Kapitalismus stellen sich stets als historische Momente dar, die neue Möglichkeiten eröffnen. Das liegt nicht allein daran, dass Machtstrukturen in solchen Momenten zuweilen fragiler und für Anfechtungs- und Wiederaufbaubemühungen im großen Maßstab offener werden – obwohl das möglicherweise auch der Fall sein kann –, sondern es hat vor allem damit zu tun, dass gravierende Krisen die scheinbare Naturwüchsigkeit gesellschaftlicher Systeme infrage stellen und der intellektuellen Trägheit entgegenwirken, aus der heraus wir die Verfasstheit solcher Systeme als selbstverständlich ansehen. Die Menschen sind dann nicht nur motiviert, eine Alternative zu den furchtbaren Bedingungen anzustreben, die die Krise schafft, sondern auch, kreativ über eine solche Alternative sowie über den Weg nachzudenken, der zu ihr führen könnte. Das Verlangen nach Alternativen fand tatsächlich Ausdruck in dem wilden Gemenge kraftvoller Proteste, zu denen es 2011 kam: den Protesten der Indignados in Spanien, der Bewegung für »direkte Demokratie« in Griechenland und der Occupy-Bewegung in Nordamerika und anderswo.

Dieses Verlangen mündete jedoch nicht in die Festigung eines positiven Transformationsprogramms, das mit der Vision einer Alternative zum Kapitalismus einhergeht. Die genannten Bewegungen haben zwar oft den Wunsch nach einer weitgehenderen, robusteren Demokratie geäußert, und es hat gelegentlich auch Diskussionen um den Charakter einer Systemalternative gegeben, doch lag der Schwerpunkt der Proteste von 2011 sowie der folgenden Jahre, ebenso wie der jener stärker organisierten politischen Bewegungen (Syriza, Podemos), die aus dem Kontext dieser Proteste hervorgegangen sind, auf der Zurückweisung der Austerität. Der Imperativ, dem diese Bewegungen folgten, war der einer Verteidi-

gung von Rechten sowie einer des Widerstands gegen jene massive Beschneidung öffentlich finanzierter Programme, die das Leben so vieler Menschen ruiniert hat. Ideologisches Angriffsziel der Proteste war der Neoliberalismus, und nicht so sehr der Kapitalismus als solcher. Die Menschen, die sich massenhaft an diesen Bewegungen beteiligten, einte eher das, was sie ablehnten, als das emanzipatorische Modell einer gangbaren Alternative zum Kapitalismus.

Das ist vielleicht nicht überraschend. Die großen strategischen Vorschläge des 20. Jahrhunderts, wie auf die Übel des Kapitalismus zu reagieren sei, sind für die meisten Menschen nicht mehr überzeugend. Die sozialdemokratische Hoffnung auf eine Zähmung des Kapitalismus durch eine über gezielte staatliche Interventionen verlaufende Neutralisierung seiner schädlichen Auswirkungen ist zum einen durch die Globalisierung und Finanzialisierung des Kapitals unterlaufen worden, zum anderen dadurch, dass sich die sozialdemokratischen Parteien selbst zu »milden« Varianten des Neoliberalismus bekannt haben. Angesichts der tragischen Folgen der Revolutionen des 20. Jahrhunderts haben revolutionäre Bestrebungen, den Kapitalismus abzulösen durch eine auf dem Bruch mit bestehenden Verhältnissen beruhende Ergreifung der Staatsmacht, eine erzwungene Auflösung kapitalistischer Institutionen und deren Ersetzung durch eine emanzipatorische Alternative, an Glaubwürdigkeit verloren. Sowohl Reform als auch Revolution – die beiden grundlegenden Transformationsmodelle des 20. Jahrhunderts – scheinen ihre Möglichkeiten erschöpft zu haben.

Was wäre der Ausweg? Die meisten großmaßstäblichen gesellschaftlichen Veränderungen der Menschheitsgeschichte vollziehen sich »hinter dem Rücken« der Menschen, als kumulative Auswirkung unbeabsichtigter Handlungsfolgen. Will man dagegen über eine »Strategie« gesellschaftlicher Veränderung verfügen, dann muss es möglich sein, die gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen durch bewusstes, vorsätzliches Handeln herbeizuführen. Das stellt eine besonders große Herausforderung dar, wenn das Ziel der Strategie darin besteht, etwas so Komplexes wie den »Kapitalismus« durch ein alternatives sozioökonomisches System zu ersetzen. Es genügt nicht, die Schwere der Missstände zu benennen, die die Welt in ihrem jetzigen Zustand hervorbringt, und es genügt auch nicht, über vernünftige Gründe für den Glauben an Wünschbarkeit und Gangbarkeit einer Alternative zu verfügen. Es muss dar-

über hinaus auch die Möglichkeit geben, im Hier und Jetzt so zu handeln, dass sich die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Umsetzung der Alternative erhöht. Mein Hauptanliegen war es, zur Klärung dieses Problems beizutragen.

Reale Utopien schlägt eine alternative Konzeptualisierung sowohl des Prozesses der Transformation des Kapitalismus als auch des postkapitalistischen Ziels vor. Anstatt den Kapitalismus durch Reformen »von oben« zu zähmen oder mittels eines revolutionären Bruchs zu zerschlagen, sollte, so der Kerngedanke, der Kapitalismus dadurch erodiert werden, dass in den Räumen und Rissen innerhalb kapitalistischer Wirtschaften emanzipatorische Alternativen aufgebaut werden und zugleich um die Verteidigung und Ausweitung dieser Räume gekämpft wird. Reale Utopien sind Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in dieser Richtung voranbewegen.

Um die Argumentation kurz zusammenzufassen: Bestehende Wirtschaftssysteme kombinieren den Kapitalismus mit einer ganzen Reihe anderer Möglichkeiten, die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen zu organisieren: unmittelbar durch den Staat; innerhalb der intimen Beziehungen der Familie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Familienangehörigen; über die auf Grundlage der Gemeinschaft agierenden Netzwerke und Organisationen der sogenannten Sozialwirtschaft oder solidarischen Ökonomie; durch Kooperativen, die sich im Besitz ihrer Mitglieder befinden und von diesen demokratisch verwaltet werden; durch gemeinnützige, marktorientierte Organisationen; durch *peer-to-peer*-Netzwerke, die sich kooperativen Produktionsprozessen widmen etc. Einige dieser Verfahren zur Organisation wirtschaftlicher Tätigkeit lassen sich als Mischformen betrachten, da sie kapitalistische mit nichtkapitalistischen Elementen kombinieren, einige sind zur Gänze nichtkapitalistisch, und einige sind antikapitalistisch. Wir bezeichnen ein solches komplexes Wirtschaftssystem dann als »kapitalistisch«, wenn der Kapitalismus die vorherrschende Kraft ist, die die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der meisten Menschen und deren Zugang zu den Möglichkeiten des Lebensunterhalts bestimmt. Diese Vorherrschaft ist ungeheuer destruktiv. Eine Art, den Kapitalismus anzufechten, besteht darin, innerhalb dieses

komplexen Systems bei jeder Gelegenheit demokratische, egalitäre und partizipative Verhältnisse und Organisationen aufzubauen und politisch um die Erweiterung und Verteidigung solcher Räume zu kämpfen, indem man die Spielregeln der kapitalistischen Gesellschaft verändert. Das erfordert wiederum Bemühungen um die Ausweitung des demokratischen und partizipativen Charakters der Staatsmacht. Das Konzept einer Untergrabung des Kapitalismus beinhaltet die Vorstellung, dass diese Alternativen langfristig in der Lage sein werden, sich bis zu dem Punkt auszuweiten, an dem der Kapitalismus seine Vorherrschaft verliert.

Dieser strategische Rahmen kombiniert Ideen aus früheren revolutionären und reformistischen Traditionen mit einigen Intuitionen des zeitgenössischen Anarchismus. Unter Rückgriff auf die revolutionäre Tradition postuliert er als langfristiges Ziel die Überwindung des Kapitalismus zugunsten einer demokratischen, egalitären, solidarischen Wirtschaft und Gesellschaft; die Vorstellung, dies lasse sich durch einen sofortigen Bruch mit den bestehenden Machtstrukturen erreichen, wird jedoch zurückgewiesen. Auf die anarchistische Tradition geht zurück, dass die Bedeutung des Aufbaus von Alternativen im Hier und Jetzt betont wird: Alternativen, die jetzt bereits, in der Welt, wie sie heute beschaffen ist, emanzipatorische Bestrebungen verkörpern; zurückgewiesen wird jedoch die Vorstellung, ein solcher Aufbau könne vollständig außerhalb des Staates geschehen. Aus der sozialdemokratischen Reformtradition stammt die Betonung der Bedeutung, die staatlicher Politik bei der Förderung fortschrittlicher Ideale zukommt; zurückgewiesen wird jedoch die Vorstellung, dies sei ausschließlich eine Frage des staatlichen, von oben herab betriebenen Einsatzes zentralisierter Macht zur Neutralisierung kapitalistischen »Marktversagens«. Kurzum: Wir benötigen ein gesellschaftliches und politisches Projekt, das im Kampf um reale Demokratie innerhalb von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verankert ist. Das ist die Vision realer Utopien.

In den sechs Jahren seit der Veröffentlichung dieses Buches habe ich weiterhin auf der ganzen Welt Vorträge über seine Kernthemen gehalten. Meistens bestand das Publikum aus Personen, die im Großen und Ganzen mit den im Buch verkörperten Werten sowie mit seiner Diagnose und Kapitalismuskritik sympathisieren; meistens teilten sie auch den Wunsch nach einer demokratischen, solidarischen und egalitären Alternative. Oft brachten meine Zu-

hörer jedoch beträchtliche Skepsis gegenüber der strategischen Vision zum Ausdruck: Die Vorstellung, reale Utopien könnten Grundlage einer Strategie zur Überwindung des Kapitalismus sein, ist zwar ansprechend, scheint aber auch ziemlich weit hergeholt. Sie ist deswegen ansprechend, weil die Möglichkeit der Schaffung realer Utopien nahelegt, dass sich auch dann noch einiges tun lässt, wenn der Staat sich Bemühungen um mehr soziale Gerechtigkeit und emanzipatorische gesellschaftliche Veränderung zu verschließen scheint. Wir können dann weiter daran arbeiten, eine neue Welt aufzubauen, nicht »aus den Ruinen der alten Welt«, sondern in deren Freiräumen. Die Vorstellung ist aber auch weit hergeholt, weil es vielen Menschen alles andere als plausibel scheint, dass die Anhäufung emanzipatorischer Wirtschaftsräume innerhalb einer vom Kapitalismus beherrschten Ökonomie jemals den Kapitalismus verdrängen könnte, insbesondere angesichts der ungeheuren Macht und des ungeheuren Wohlstands großer kapitalistischer Konzerne sowie der Abhängigkeit der meisten Menschen von einem funktionierenden kapitalistischen Markt.

Kern dieser Skepsis gegenüber der Vorstellung einer Überwindung des Kapitalismus durch reale Utopien ist das Argument, der kapitalistische Charakter des Staates verunmögliche eine solche Überwindung: Um bei der Überwindung des Kapitalismus eine nennenswerte Rolle zu spielen, müssten reale Utopien auf verschiedene Weisen staatlich unterstützt werden. Würden sich aber emanzipatorische Formen wirtschaftlicher Tätigkeit und wirtschaftlicher Verhältnisse jemals bis zu dem Punkt entwickeln, an dem sie die Vorherrschaft des Kapitalismus bedrohen, dann würden sie schlichtweg vom kapitalistischen Staat zerschlagen. Darin bestehe ja gerade eine der Kernfunktionen des kapitalistischen Staates: in der Reproduktion des Kapitalismus. Wie kann also der Aufbau realer Utopien, angesichts des Klassencharakters und der Zwangsmittel des Staates, das Herzstück einer Strategie zur Überwindung des Kapitalismus darstellen?

Im Folgenden möchte ich auf diesen Einwand antworten, um dann an einem Beispiel, dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) und seinen möglichen Wirkungen, einen strategischen Ansatz zur Überwindung des Kapitalismus zu skizzieren, der für einen gewissen Optimismus spricht.

Wäre der kapitalistische Staat eine zusammenhängende, in

sich geschlossene Totalität, deren Strukturen wirksam auf das ausschließliche Ziel hin organisiert sind, die langfristige Vorherrschaft des Kapitalismus zu sichern, dann gäbe es keinerlei Aussicht darauf, dass der Kapitalismus bei der Ausweitung emanzipatorischer Räume eine Rolle spielen könnte. Das ist jedoch nicht die beste Konzeptualisierung des Klassencharakters des Staates und seiner Auswirkungen auf die Gesellschaft. Zwei Fragen sind hier von besonderer Bedeutung: Zum einen geht es darum, was es genau bedeutet zu sagen, der Staat weise einen spezifischen »Klassencharakter« auf, zum anderen um das, was sich als die umkämpfte, widersprüchliche Funktionalität des Staates bezeichnen lässt.

Sprechen Theoretiker davon, dass es sich beim Staat im Kapitalismus um einen kapitalistischen Staat mit einem besonderen Klassencharakter handelt, dann meinen sie damit Folgendes: Wenn wir beobachten können, dass der Staat den Kapitalismus systematisch stützt, dann liegt das nicht etwa nur an den Präferenzen der Personen, die gerade die Staatsmacht verwalten, sondern an der grundlegenden Struktur des Staates. Diese Aussage lässt sich auf verschiedene Weise erweitern, typischerweise lautet der Gedanke jedoch, dass dem Staat Mechanismen eingeschrieben sind, die in dem Sinne tendenziös sind, dass sie systematisch staatliche Handlungen begünstigen, die den Kapitalismus stützen und den Interessen der kapitalistischen Klasse dienen. Diese allgemeine Aussage lässt sich als Ansatz verstehen, um den kapitalistischen Staat als Idealtyp aufzufassen und dennoch dahingehend zu argumentieren, dass tatsächliche kapitalistische Staaten einen viel weniger kohärenten Charakter aufweisen. Ganz so, wie konkrete kapitalistische Wirtschaftssysteme als hybride Ökosysteme aus verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen anzusehen sind, unter denen der Kapitalismus vorherrscht, sollte der kapitalistische Staat als heterogenes System und lose Kopplung von Mechanismen betrachtet werden, unter denen die kapitalistischen in unterschiedlichem Ausmaß vorherrschen. Diese Abweichungen im Gleichgewicht der im Staat verkörperten Interessen sind Ergebnis der jeweiligen Geschichte der Kämpfe um den Staat. Der Entwicklungsverlauf der Kompromisse und Konzessionen, Triumphe und Niederlagen ist der formellen Ausgestaltung politischer Institutionen sowie den in ihnen geltenden Normen eingeschrieben. Das Ausmaß, in dem es sich bei einem bestimmten Staat um einen kapitalistischen handelt

– in dem Sinne, dass ihm Mechanismen zur Wahrung des Kapitalismus innewohnen –, variiert also zeitlich und örtlich.

Von besonderer Bedeutung für die Einschätzung des unterschiedlichen Klassencharakters verschiedener Staatsapparate ist das Problem der Demokratie. Je robuster der demokratische Charakter der einem bestimmten Apparat eigenen Rechenschaftspflichten, umso weniger kann der Klassencharakter dieses Apparats als rein kapitalistisch gelten. Selbst die herkömmliche parlamentarische Demokratie wies stets einen widersprüchlichen Klassencharakter auf: Es mag zwar der Fall sein, dass die Spielregeln der Wahldemokratie, wie im Allgemeinen von Marxisten behauptet, den allgemeinen Effekt haben, Klassenkämpfe um den Staat auf eine der kapitalistischen Vorherrschaft dienliche Weise einzuhegen und zu zähmen, doch ebenso gilt, dass Wahlen, sofern sie einen genuin demokratischen Wettstreit beinhalten, potenzielle, den Klassencharakter betreffende Spannungen innerhalb legislativer Organe schaffen. In Zeiten der Krise oder einer Mobilisierung der Bevölkerung können diese Spannungen die Grenzen des Möglichen lockern und neue Formen staatlicher Initiative denkbar werden lassen.

Forderungen nach einer Vertiefung und Wiederbelebung der Demokratie lassen sich daher als Forderungen nach einer Abschwächung – nicht etwa: Abschaffung – des kapitalistischen Charakters der Staatsapparate begreifen. Dabei geht es nicht allein um die demokratischen Rechenschaftspflichten, denen die herkömmliche Staatsmaschinerie unterliegt, sondern auch um die vielfältigen parastaatlichen Kommissionen und Organisationen, mit denen alle modernen Staaten interagieren. Die Vertiefung der Demokratie ist nicht nur eine Frage der Demokratisierung zentralisierter Nationalstaaten, sondern es geht dabei auch um die Demokratisierung lokaler und regionaler Staatsapparate. Kämpfe um die demokratische Qualität des lokalen Staates können von besonderer Bedeutung sein, sofern es um ein Nachdenken darüber geht, auf welchen Wegen staatliche Initiativen den Raum für nicht-kapitalistische Wirtschaftsinitiativen erweitern können.

Der Vorstellung, der Staat habe die »Funktion«, den Kapitalismus zu reproduzieren, wohnt die implizite Annahme inne, es gebe ein kohärentes Verfahren, durch das der Staat die vielen unterschiedlichen Bedingungen der Reproduktion des Kapitalismus erfüllen könne. Es gibt jedoch viele Kontexte, in denen dies

schlichtweg nicht der Fall ist. So kann es insbesondere zu einer Diskontinuität kommen zwischen den relativ kurzfristigen Reproduktionswirkungen staatlicher Handlungen und ihren langfristigen, dynamischen Konsequenzen. Die Reproduktionswirkungen, die staatliche Handlungen in Hinblick auf die vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen entfalten, sind Ergebnis von Handlungen, die vor allem auf unmittelbar vorliegende Bedingungen und Herausforderungen reagieren. Das ist der Grund, weshalb beispielsweise der Feudalstaat den Handelskapitalismus beförderte, obwohl dessen Dynamiken langfristig eine Zersetzung feudaler Verhältnisse nach sich zogen. Der Handelskapitalismus trug zur Lösung unmittelbar vorliegender Probleme der feudalen Herrscherklasse bei, und das war ausschlaggebend.

Auf ähnliche Weise hat der kapitalistische Staat Mitte des 20. Jahrhunderts die Entwicklung jener lebhaften Öffentlichkeit und staatlichen Regulierung des Kapitalismus befördert, die mit der Sozialdemokratie einhergehen. Die Sozialdemokratie trug zur Lösung einer Reihe von Problemen innerhalb des Kapitalismus bei – sie war also der Reproduktion des Kapitalismus dienlich. Gleichzeitig erweiterte sie die Räume für verschiedene sozialistische Elemente innerhalb des wirtschaftlichen Ökosystems: teilweise Entkommodifizierung der Arbeitskraft durch die staatliche Absicherung eines wesentlichen Anteils der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter; Ausweitung der gesellschaftlichen Macht der Arbeiter innerhalb kapitalistischer Betriebe sowie auf dem Arbeitsmarkt; demokratische Regulierung des Kapitals, um die gravierendsten negativen Externalitäten anzugehen, die das Verhalten von Investoren und Unternehmen auf kapitalistischen Märkten nach sich zieht (Umweltverschmutzung, gefährliche Produkte und Arbeitsbedingungen, räuberisches Marktverhalten, Marktvolatilität und so weiter). Zwar mögen viele Kapitalisten diese staatlichen Initiativen nicht begrüßt und sie sogar als Bedrohung wahrgenommen haben, der sozialdemokratische Staat trug dennoch zur Lösung praktischer Probleme bei und wurde daher toleriert.

Die Tatsache, dass eine Reihe staatlicher Handlungen Mitte des 20. Jahrhunderts zur Stabilität des Kapitalismus beitrug, wird zuweilen als Indiz dafür gedeutet, dass diese Maßnahmen keinerlei nicht-kapitalistischen Charakter hatten und jedenfalls nicht als den Kapitalismus zersetzend angesehen werden können. Das ist

jedoch eine Fehleinschätzung. Es ist durchaus möglich, dass eine Form staatlicher Intervention den unmittelbaren Effekt hat, für den Kapitalismus Probleme zu lösen und den Kapitalismus sogar zu stärken, nichtsdestotrotz aber eine Dynamik in Gang setzt, die das Potenzial hat, die Vorherrschaft des Kapitalismus im Laufe der Zeit zu erodieren. Tatsächlich ist es ebendiese Eigenschaft sozialdemokratischer Initiativen, die letztlich die unter dem Banner des Neoliberalismus geführten Angriffe auf den sozialdemokratischen Staat nach sich zog, sobald die kapitalistische Klasse den expansiven Staat als Urheber zunehmend suboptimaler Bedingungen der Kapitalakkumulation anzusehen begann.

Die Welt der ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts sieht ganz anders aus als zu der Zeit, in der die Sozialdemokratie gedieh. Die Globalisierung des Kapitalismus hat es Kapitalisten beträchtlich erleichtert, ihre Investitionen in Erdteile zu verschieben, in denen weniger reguliert wird und Arbeitskräfte billig sind. Die Drohung einer solchen Kapitalverschiebung hat in Verbindung mit einer Vielzahl technologischer und demografischer Veränderungen zu einer Fragmentierung der Arbeiterklasse und einer Schwächung der Arbeiterbewegung geführt, sodass die Arbeiterklasse heute weniger befähigt ist, Widerstand zu leisten und sich politisch zu mobilisieren. In Verbindung mit der Globalisierung hat die Finanzialisierung des Kapitals zu einer enormen Ausweitung der Wohlstands- und Einkommensgefälle geführt, was wiederum den politischen Einfluss der Gegner des sozialdemokratischen Staates gesteigert hat. Möglicherweise waren die Jahrzehnte des sogenannten »goldenen Zeitalters« lediglich eine historische Anomalie, eine kurze Zeit, in der günstige Strukturbedingungen und die robuste Macht der Bevölkerung die Möglichkeit eröffneten, die Vorherrschaft des Kapitalismus zu begrenzen. Vor jener Zeit war der Kapitalismus ein gieriges System, und unter dem Neoliberalismus ist er es erneut geworden, damit zur herkömmlichen Beschaffenheit kapitalistischer Wirtschafts-Ökosysteme zurückkehrend. Möglicherweise lässt sich die Vorherrschaft des Kapitalismus langfristig schlichtweg nicht erodieren. Fürsprecher des Konzeptes revolutionärer Brüche mit dem kapitalistischen Staat haben stets behauptet, die Vorherrschaft des Kapitalismus lasse sich durch Reformen nicht nachhaltig abschwächen; entsprechende Bemühungen würden nur ablenken von der Aufgabe des Aufbaus einer politischen Bewegung zum Sturz des Kapitalismus.

Die Frage, die sich für den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts stellt, lautet also, ob die Art von Diskontinuität, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beobachten war, innerhalb des kapitalistischen Staates möglich bleibt. Gibt es staatliche Interventionen, durch die der Kapitalismus seine eigenen drängenden Probleme lösen kann, während diese Interventionen zugleich das Potenzial haben, langfristig die Räume zu erweitern, in denen sich demokratische und egalitäre Wirtschaftsverhältnisse entwickeln können?

Eine berühmte Aussage Gramscis lautet, wir bräuchten einen Pessimismus des Intellekts bei gleichzeitigem Optimismus des Willens. Um den Optimismus des Willens zu erhalten, benötigen wir aber zumindest auch ein wenig Optimismus des Intellekts. Es gibt zwei Trends, die Anlass zu Optimismus geben hinsichtlich der zukünftigen Möglichkeit jener Art von staatlicher Initiative, die Dynamiken einer langfristigen Erosion der kapitalistischen Vorherrschaft entfesseln könnte.

Zunächst einmal ist es wahrscheinlich, dass der Klimawandel das Ende des Neoliberalismus einläuten wird. Die notwendigen Anpassungen an den Klimawandel werden, ganz abgesehen vom Problem einer Milderung der Erderwärmung durch den Übergang zur fossilsfreien Energieproduktion, eine massive Ausweitung staatlich bereitgestellter öffentlicher Güter erfordern. Der Markt wird schlichtweg keine Dämme bauen, um Manhattan zu schützen. Die für solche staatlichen Interventionen benötigten Ressourcen könnten ohne weiteres das aus den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts bekannte Ausmaß erreichen. Kapitalistische Unternehmen werden von der Produktion solcher Infrastrukturgüter zwar ungeheuer profitieren – ganz so, wie sie in Kriegszeiten von der militärischen Produktion profitieren –, doch die Finanzierung solcher Projekte wird auch erhebliche Steuererhöhungen sowie ideologische Bemühungen um die Rehabilitierung der wachsenden Rolle des Staates bei der Bereitstellung öffentlicher Güter erfordern. Finden diese Entwicklungen im Rahmen einer kapitalistischen Demokratie statt, dann dürfte diese Wiederbelebung des Staates in seiner Rolle als Bereitsteller öffentlicher Güter neue politische Spielräume für umfassendere, sozial orientierte staatliche Interventionen eröffnen.

Der zweite Trend, dem sich der kapitalistische Staat im Laufe des 21. Jahrhunderts stellen müssen, betrifft die langfristigen

Beschäftigungseffekte der mit der Informatikrevolution einhergehenden technologischen Veränderungen. Natürlich gibt jede Welle technologischer Veränderung Anlass zu Spekulationen über die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die daraus sich ergebenden Folgen weitverbreiteter Marginalisierung und nachhaltiger struktureller Erwerbslosigkeit. Im Falle früherer Wellen schuf das Wirtschaftswachstum jedoch letztlich genügend Arbeitsplätze in neuen Sektoren, um das Beschäftigungsdefizit zu kompensieren. Die dem digitalen Zeitalter eigenen Formen der Automatisierung, die zurzeit tief in den Dienstleistungssektor eingreifen, lassen es viel unwahrscheinlicher erscheinen, dass zukünftiges Wirtschaftswachstum, vermittelt über den kapitalistischen Markt, hinreichende Beschäftigungsmöglichkeiten erzeugen wird. Das Problem wird durch die Globalisierung der kapitalistischen Produktion noch verschärft. Diese Probleme werden im Verlauf des 21. Jahrhunderts nur schlimmer werden, und kein spontanes Wirken der Marktkräfte wird sie lösen. Das Ergebnis wird die wachsende Prekarisierung und Marginalisierung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung sein. Dieser Trend dürfte, von Erwägungen über soziale Gerechtigkeit einmal abgesehen, gesellschaftliche Instabilität und kostspielige Konflikte nach sich ziehen.

Zusammengenommen stellen diese beiden Trends den kapitalistischen Staat vor ernsthafte neue Herausforderungen: die Notwendigkeit einer massiven Ausweitung der Bereitstellung öffentlicher Güter, um auf den Klimawandel zu reagieren, und die Notwendigkeit neuer Politiken, um die durch den technologischen Wandel verursachte umfassende wirtschaftliche Marginalisierung und Unsicherheit anzugehen. Dies ist der Kontext, innerhalb dessen die Mobilisierungen und Kämpfe der Bevölkerung eine gewisse Aussicht darauf haben, neue Formen staatlicher Intervention hervorzubringen, die wiederum die Ausweitung verstärkt demokratisch-egalitärer Formen wirtschaftlicher Tätigkeit neben dem Kapitalismus und innerhalb des hybriden wirtschaftlichen Ökosystems befördern könnten.

Zwei staatliche Antworten auf diese Zwänge könnten das hybride wirtschaftliche Ökosystem in nennenswertem Ausmaß einige der Pfade des sozialistischen Kompasses beschreiten lassen, die in Kapitel 5 erörtert werden. Erstens könnten diese ideologischen Umbrüche und politischen Zwänge die Ausweitung des Sektors

unmittelbar staatlich bezuschusst, mit der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen befasster Beschäftigung befördern – also die etatistisch- und partizipativ-sozialistischen Pfade. Wohlhabende Länder können sich zweifellos einen großen staatlich bezuschussten Beschäftigungssektor leisten; das Problem ist eines der politischen Bereitschaft, zu diesem Zweck den Steuersatz anzuhoben, nicht eines der wirtschaftlichen Zwänge, die mit einer solchen Maßnahme einhergehen. Zweitens könnte der Staat ernsthaft die Möglichkeit erwägen, das Verhältnis zwischen Einkommen und Arbeit auf grundsätzlichere Weise zu verändern: durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Es handelt sich um einen politischen Vorschlag, der in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts bereits vermehrt öffentlich diskutiert wird.

Das BGE ist eine mögliche Form staatlicher Intervention, die auf die beträchtlichen Herausforderungen reagiert, vor denen der kapitalistische Staat angesichts des Verlustes hinreichender Beschäftigungsmöglichkeiten auf kapitalistischen Märkten steht. Es handelt sich um eine exemplarische symbiotische Reform, da sie ein Problem innerhalb des Kapitalismus löst und zugleich den Spielraum für gesellschaftliche Ermächtigung erweitert. Vom Standpunkt der Reproduktion des Kapitalismus aus betrachtet würde das BGE drei Dinge leisten. Erstens würde es die schlimmsten Auswirkungen der aus der Marginalisierung erwachsenden Ungleichheit und Armut mildern und damit zur gesellschaftlichen Stabilität beitragen. Zweitens würde es ein anderes Modell der Erwerbsarbeit stützen: die Aufnahme selbständiger Beschäftigung als Mittel zur Generierung verfügbaren Einkommens. Durch das BGE würde ein breites Spektrum marktorientierter selbständiger Beschäftigungsformen Menschen auch dann noch attraktiv erscheinen, wenn die selbständige Beschäftigung nicht genug Geld erwirtschaftet, um davon leben zu können. Man kann sich beispielsweise vorstellen, dass mehr Menschen Interesse daran hätten, Kleinbauern oder professionelle Gärtner zu werden, wenn sie über ein BGE verfügten, das ihre Lebenshaltungskosten deckt. Drittens würde das BGE den Verbrauchermarkt für die kapitalistische Produktion stabilisieren. Als Produktionssystem stehen die automatisierten Fertigungsverfahren kapitalistischer Firmen ihrem Wesen nach vor dem Problem, dass sie insgesamt nicht genug Personen beschäftigen, um die produzierten Güter absetzen zu können. Das BGE schafft nun aber eine

breit gestreute Nachfrage nach elementaren Konsumgütern. Aus diesen Gründen könnte das BGE für die kapitalistischen Eliten zu einer attraktiven politischen Option werden, insbesondere im Kontext einer sich angesichts der Wiederherstellung eines aktiv regulierenden Staates einstellenden Erschöpfung der neoliberalen Ideologie.

Wenn das BGE eine attraktive Lösung der Probleme darstellt, vor denen der Kapitalismus steht, wie kann es dann zugleich zur Untergrabung des Kapitalismus beitragen? Eine zentrale Eigenschaft des Kapitalismus besteht in dem, was Marx als doppelte Trennung der Arbeiter bezeichnet hat: ihre gleichzeitige Trennung von den Produktions- und von den Subsistenzmitteln. Das bedingungslose Grundeinkommen hebt die Trennung der Arbeiter von den Subsistenzmitteln wieder auf, obgleich die Trennung von den Produktionsmitteln erhalten bleibt; auf diese Weise modifiziert es unmittelbar die grundlegenden Klassenverhältnisse des Kapitalismus. Ein steuerfinanziertes, staatlich bereitgestelltes und bedingungsloses Grundeinkommen würde es Arbeitern erlauben, kapitalistische Beschäftigung abzulehnen, um sich stattdessen allen möglichen nicht-kapitalistischen Wirtschaftstätigkeiten zu widmen, einschließlich der durch gesellschaftliche Macht geschaffenen.

Beispielsweise würden Arbeiterkooperativen einiges an wirtschaftlicher Tragfähigkeit hinzugewinnen, wenn die Kooperativmitglieder, unabhängig vom kommerziellen Erfolg ihres Betriebs, über ein garantiertes Grundeinkommen verfügten. Das Grundeinkommen würde auch zur Lösung der Probleme beitragen, mit denen Arbeiterkooperativen gegenwärtig auf den Kreditmärkten zu kämpfen haben, denn Darlehen an Kooperativen würden für Banken attraktiver werden: Solche Darlehen wären mit einem Schlag weniger riskant, da der von einer Kooperative generierte Einkommensfluss nicht den Unterhalt der Kooperativmitglieder abdecken müsste. Das BGE würde ein Aufblühen der Sozialwirtschaft und solidarischen Ökonomie, der nicht-kommerziellen darstellenden Künste, des Gemeinschaftsaktivismus und vieler anderer Dinge befördern und so den Spielraum für nachhaltige, das heißt gesellschaftlich ermächtigte Wirtschaftsverhältnisse erweitern.

Hinzu kommt, dass eben die technologischen Entwicklungen, die das Problem der Marginalisierung erzeugen, ironischerweise

auch einen robusteren Rahmen für die Ausweitung und Vertiefung jener wirtschaftlichen Tätigkeiten schaffen könnten, die auf stärker demokratische, egalitäre und solidarische Weise organisiert sind. Eine der materiellen Produktionsbedingungen, die den Kapitalismus zu verankern helfen, sind die steigenden Skalenerträge der Industrieproduktion: Wenn die Stückkosten eines Produkts viel niedriger ausfallen, sofern dieses hunderttausendfach und nicht etwa nur in geringer Zahl hergestellt wird, dann wird es für kleinmaßstäblich wirtschaftende Produzenten viel schwieriger, auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Massive Skalenerträge sind das Kennzeichen des industriellen Zeitalters kapitalistischer Entwicklung. Die neuen Technologien des 21. Jahrhunderts sind in vielen Sektoren im Begriff, die Skalenerträge dramatisch zu senken, wodurch eine kleinmaßstäbliche, lokalisierte Produktion gangbarer wird. Im Grunde verhält es sich so, dass die Produktionsmittel, über die man verfügen muss, um auf dem Markt konkurrenzfähig zu sein, in der digitalen Welt mit einer immer geringeren Kapitalmenge erworben werden können. Das verspricht wiederum, sozialwirtschaftliche und auf den Prinzipien der solidarischen Ökonomie beruhende Unternehmen und Arbeiterkooperativen tragfähiger zu machen, arbeiten diese doch effektiver, wenn sie vergleichsweise kleinmaßstäblich wirtschaften und sich an lokalen Märkten ausrichten. In klassisch marxistischer Diktion formuliert: Der Wandel der Produktivkräfte erweitert das Potenzial für neue Produktionsverhältnisse.

Andere staatliche Maßnahmen, von denen sich viele auf lokaler Ebene organisieren ließen, könnten weiter dazu beitragen, einen dynamischen nicht-kapitalistischen Sektor zu stabilisieren. Ein Hindernis, das vielen Varianten der sozialen Produktion entgegensteht, ist der Mangel an Raum: Gemeinschaftsgärten und -höfen fehlt Land, für kundenangepasste Fabrikation fehlen die Werkstätten, Designern fehlen Büros und Studios, darstellenden Künstlern die Bühnen und so weiter. Hätte ein lokaler Staat ein Interesse daran, solche verstärkt demokratisch-egalitären Formen der Wirtschaftstätigkeit durch eine für sie förderliche Infrastruktur zu unterstützen, dann könnte er solche Räume als öffentliche Einrichtungen bereitstellen. Kommunale Landfonds könnten die städtische Landwirtschaft absichern; öffentlich bereitgestellte oder subventionierte Kreativräume, die mit digitalen Fertigungstechno-

logien ausgestattet sind, könnten bestimmte Arten von materieller Produktion unterstützen; Bildungseinrichtungen könnten spezielle Ausbildungen anbieten, die sich Fragen der kooperativen Verwaltung und Sozialproduktion widmen.

Die Kombination eines BGE, das Menschen den Ausstieg aus dem kapitalistischen Wirtschaftssektor erleichtert, sowohl mit neuen Technologien, die die Entwicklung nicht-kapitalistischer Produktionsformen begünstigt, als auch mit einem wohlwollenden lokalen Staat, der die entsprechenden Initiativen mit einer besseren Infrastruktur versorgt, hätte zur Folge, dass der durch gesellschaftliche Macht organisierte Wirtschaftssektor im Laufe der Zeit tiefere Wurzeln schlagen und auf bislang unvorhergesehene Weise expandieren könnte. All das würde – und es ist wichtig, das zu betonen – innerhalb des Kapitalismus geschehen, sodass die nicht-kapitalistischen Produktionsformen unweigerlich Wege finden müssten, auf positive Weise an die Imperative des Kapitalismus anzuschließen. Produzenten aus dem nicht-kapitalistischen Sektor würden, genauso wie die der Staat, einen wesentlichen Teil ihrer Konsumgüter von kapitalistischen Betrieben beziehen. Selbst nach Stabilisierung dieser neuen Konfiguration wäre der Staat immer noch der Aufseher einer Wirtschaft, in der der Kapitalismus eine herausragende Rolle spielt; aller Wahrscheinlichkeit nach wäre diese Wirtschaft nach wie vor vom Kapitalismus beherrscht. Die Vorherrschaft des Kapitalismus wäre aber insofern verringert, als die Unterhaltsbestreitung weniger stark von ihm bestimmt wäre, und es würden sich neue Möglichkeiten für dauerhafte Kämpfe zur Erweiterung der gesellschaftlichen Macht innerhalb der Wirtschaft ergeben.

Das BGE steht somit in einem paradoxen Verhältnis zum Kapitalismus. Einerseits kann es zur Lösung einer Reihe realer Probleme innerhalb des Kapitalismus sowie zur Vitalität der Kapitalakkumulation beitragen, zumindest in einigen Sektoren. Andererseits hat es das Potenzial, zur Entfesselung einer Dynamik beizutragen, die die gesellschaftliche Macht derart stärkt, dass die Vorherrschaft des Kapitalismus abgeschwächt wird und das wirtschaftliche Ökosystem auf eine über ihn hinausweisende Bahn gelenkt wird. Wenn sich also ein großzügig berechnetes bedingungsloses Grundeinkommen durchsetzen und verteidigen ließe, dann könnte es sowohl die Vorherrschaft des Kapitalismus innerhalb des wirtschaftlichen Gesamtsystems erodieren als auch die Bedingungen der Kapitalakku-

mulation innerhalb jener reduzierten Räume erleichtern, in denen der Kapitalismus weiterwirkt.

An einer solchen Entwicklung ist natürlich nichts zwangsläufig. Es gibt gewiss keine Garantie, dass ein großzügig berechnetes Grundeinkommen jemals eingeführt werden wird, und auch keine dafür, dass es im Falle seiner Einführung mit staatlichen Initiativen zur Schaffung einer Infrastruktur einhergeht, die die Ausweitung demokratischer, gesellschaftlich ermächtigter Formen der Wirtschaftstätigkeit befördert. Es gibt auch gewiss keine Garantie, dass die Empfänger des bedingungslosen Grundeinkommens dieses einsetzen würden, um ermächtigte wirtschaftliche Strukturen zu entwickeln. Das BGE lässt sich auch ausschließlich für den privaten Konsum nutzen. Wie Philippe Van Parijs in seinem Buch *Real Freedom For All* schreibt:¹ Das BGE sorgt für eine Umverteilung »realer Freiheit« und befähigt damit leidenschaftliche Sonnenbadende ebenso wie Arbeiterkooperativen und die Sozialwirtschaft. Der Hinweis auf die Gefahr, Schmarotzer könnten Arbeitende ausbeuten, ist eines der schlagkräftigsten moralischen Argumente gegen das BGE, und solche Argumente könnten zweifellos politische Bemühungen um die Einführung des BGE blockieren oder zumindest dazu führen, dass der Anspruch aufs BGE an wenig wünschenswerte Zugangsbeschränkungen gekoppelt wird.

Hinzu kommt Folgendes: Ein bedingungsloses Grundeinkommen, das hinreichend großzügig berechnet wäre, um eine dynamische Ausweitung nicht-kapitalistischer Wirtschaftstätigkeit in Gang zu setzen, wäre kostspielig, wenngleich nicht jenseits der fiskalischen Möglichkeiten kapitalistischer Staaten. So ist es wahrscheinlich, dass das BGE im Falle seiner Einführung unterhalb der zur Einhaltung eines kulturell respektierten Lebensstandards nötigen Höhe liegen würde. Das würde jedoch auch das Potenzial des BGE untergraben, eine langfristige Untergrabung des Kapitalismus zu bewirken. Das BGE ist daher, was sein emanzipatorisches Potenzial angeht, weitgehend abhängig von den politischen und ideologischen Bedingungen, unter denen es eingeführt und entwickelt wird.

Wenn die aus dem kapitalistischen Charakter des Staates sich ergebenden Grenzen des Möglichen so eng gesteckt sind, dass

1 Philippe Van Parijs, *Real Freedom For All*, Oxford 1997.